

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Preis: 10 Pfennig. Die monatliche Kassenrate beträgt 3,00 RM (inkl. Post und Porto).
Bezug: Dresden, Postfach 1000, 1. Januar 1930. Preis: 10 Pfennig. Die monatliche Kassenrate beträgt 3,00 RM (inkl. Post und Porto).
Bezug: Dresden, Postfach 1000, 1. Januar 1930. Preis: 10 Pfennig. Die monatliche Kassenrate beträgt 3,00 RM (inkl. Post und Porto).

6. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 8. Oktober 1930 Nummer 235

Diktatur mit Hilfe der Sozialdemokratie!

Reichsminister Trebiranus enthüllt die weiteren Pläne der Brüning-Diktatur

Dresden, den 8. Oktober.
Der Minister des Brüning-Kabinetts, Trebiranus, hat dem Vertreter der „United Press“ ein Interview gegeben, in dem er die „parlamentarischen“ Absichten der Brüning-Regierung ausplaudert. Die bürgerliche Morgenpresse berichtet darüber:
„... In einer persönlichen Unterredung mit dem Berliner Vertreter der United Press, die in den News Chronicle wiedergegeben wird, gibt Minister Trebiranus die Pläne der Reichsregierung über ihr Verhältnis zum Parlament wieder. Trebiranus sagt, daß das Kabinett zunächst auf die Unterstützung der Sozialdemokraten rechnen, um das Mißtrauensvotum der Rechtsopposition und Kommunisten zu Fall zu bringen. Danach beabsichtigt die Regierung, die verfassungswidrigen Teile des letzten angefügten Finanz- und Wirtschaftsplans gemäß Artikel 48 der Reichsverfassung in Kraft zu setzen und die Annahme von anderen Teilen des Planes durch eine Mehrheit des Reichstages sicherzustellen. Die Regierung werde bemüht sein, die

Vertagung des Reichstages von Mitte November bis März zu erreichen. In der Zwischenzeit werde Deutschland ohne Parlament regiert werden. Trebiranus enthüllte, wie die Meldung weiter sagt, zum ersten Male, daß das Reichskabinett einem neuen Plan zur teilweisen Lösung der Arbeitslosenfrage durch Einführung der Arbeitspflicht oder, wie es der Minister nannte, der Pflichtarbeit zugestimmt habe. Der letzte Entwurf sehe die sofortige Anstellung von rund 30.000 Arbeitslosen vor. ... Es handelt sich bei diesen Arbeiten um die Trockenlegung der Sümpfe in Ostpreußen, den Bau von Dämmen und Deichen im mitteldeutschen Kanalnetz bei Mosbuden und um den Straßen- und Siedlungsbau. Der Plan sehe einen durchschnittlichen Monatslohn von 100 Mark für jeden auf diese Weise beschäftigten Arbeiter vor, was etwa der Summe entspreche, die er selbst als Hauptunterstützungsempfänger erhalten würde.“

Die Richtigkeit dieser Pläne wird in einem kurz nach Veröffentlichung dieses Interviews bekanntgegebenen amtlichen „Dementi“ bestritten. Es wird darin gesagt, man habe in dem Interview irrtümlich von „Plänen“ gesprochen. Es handele sich aber in Wirklichkeit nur um „Absichten“.

Die Brüning-Regierung hat mit ihrem Diktaturprogramm seinen Zweifel darüber gelassen, welchen Kurs sie gegen das deutsche Proletariat einschlagen gewillt ist. Die Erklärung Trebiranus verschafft weitere Klarheit darüber. Und diesem Diktaturprogramm will die SPD Unterstützung verleihen! Entgegen allen bisherigen Fällungsversuchen der „Dresdener Volkszeitung“ über den Sinn des sozialdemokratischen Fraktionsbeschlusses muß gehen Hermann Fleißner, der ständische Spitzenkandidat der SPD, schreiben:

„Ihr (der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion) Beschlüsse deuten in allgemeinen Zügen den Weg an, den zunächst Fraktion und Partei gehen soll. Er ist abwartend, bedeutet mehr oder weniger Tolerierung des gegenwärtigen Zustandes.“
Mit Bangen erfüllt über die Folgen des SPD-Beschlusses schreibt Fleißner: „Wir dürfen es nicht so weit kommen lassen, daß man uns mit Recht nachsehen könnte, Worte und Taten seien zweierlei.“ Nun, es kommt so weit. Und die sächsischen „Vinken“ selbst werden es beweisen. Um so gründlicher werden die sozialdemokratischen Arbeiter abzurechnen, gemeinsam mit den kommunistischen Klassenkämpfern den Kampf führen gegen Brüning-Diktatur und ihre sozialdemokratischen Koalitionspolitiker.

Schied-Kabinett durch SPD gerettet!

KPD-Antrag auf Auflösung des Landtags niedergestimmt / Nazis für legale Mitarbeit im Kapitalistenkabinett / Kampferklärung der KPD

Dresden, 8. Oktober.
Die gestrige Landtags-Sitzung demonstrierte eindeutig den Kurs, den die Hilstruppen der sächsischen Kapitalisten einschlagen gewillt sind. Die Nazis stimmten, wenn auch ohne Erfolg, für einen Ministerpräsidentenwahlkandidaten der Spitzkollpartei Hugenbergs. Die KPD erklärte sich zur Regierungsmitarbeit auf legalem, d. h. verfassungsmäßigem Wege bereit.
Die sozialdemokratische Landtagsfraktion vollführte das Spiel wie ihre Reichstagsfraktion. Wie viele mit dem Argument des „kleineren Übels“ die Regierung der Brüning-Diktatur tolerieren wird, so begründete die sächsischen „Vinken“ ihre Unterstützung des reaktionären Schied-Kabinetts damit, daß sie eine noch reaktionärere Naziregierung verhindern müßten. Mit derselben Begründung lehnten sie den kommunistischen Auflösungsantrag ab. Die Schied-Regierung und ihre reaktionäre Landtag werden also künftig dank der sozialdemokratischen Hilfe ihre unverschämte Politik gegen die Interessen des werktätigen Volkes in Sachsen betreiben dürfen.

Die Kommunistische Partei war die einzige, die, unbelastet vom Regierungshandel und von kapitalistischen „Staatsbürgerlichen“ Interessen der Schied-Regierung, ihrem Landtag und ihren Hilstruppen den Kampf ansetzte. Bei der Abstimmung zur Ministerpräsidentenwahl gab Genosse Siedermann namens der kommunistischen Landtagsfraktion nachstehende Erklärung ab:

Erklärung der kommunistischen Landtagsfraktion

Die kommunistische Fraktion brandmarkt vor der breiten Öffentlichkeit die heute durchgeführte Komödie der Ministerpräsidentenwahl als einen weiteren Schritt der reaktionären bürgerlichen Parteien zur Verschärfung der Diktatur gegen die arbeitenden Massen und der Faschisierung in Sachsen.

Die von der Wirtschaftspartei und Volkspartei veröffentlichten Erklärungen der Bereitschaft einer Regierung mit den Faschisten kennzeichnen die allgemeine Situation und zeigen gleichzeitig, daß die Nationalsozialisten in dieser Situation der Zuspitzung der Klassengegnähe, der Verschärfung der Krise und der wachsenden Kapitalisierung der Massen, die Hilstruppe des Finanzkapitals sind, die der untergehenden Bourgeoisie Rettung gegen die proletarische Revolution geben sollen.

Die Steuerdiktaturverordnung, das Notprogramm der Brüning-Regierung, die Durchführung des Steuerdikts durch die Schied-Regierung

zeigen, wie die herrschende Klasse sich auf Kosten u. geheimerlicher Verleumdung der Arbeitermassen zu halten versucht. Das Hauptprogramm der Brüning-Regierung bedeutet einen ungeheuerlichen Lohn- und Gehaltsraub für Beamte, Angestellte und Arbeiter. Die KPD enthält das demagogische Manöver der Brüning-Regierung zum Betrug des werktätigen Mittelstandes. Während die Regierung angeblich durch Vereinfachung der Steuer, durch Milderung der Grund- und Gewerbesteuer den Mittelstand entgegenkommt, belastet sie diese durch die Steuerdiktaturverordnung mit der Kopfsteuer, der Biersteuer, der Tabaksteuer und anderen Steuerforderungen. Der Gehaltsabbau bei den Beamten, der die unteren und mittleren Beamten ungleich

gleichmäßig schwerer trifft als die oberen Beamten, ist das Signal für den verstärkten Lohnabbauangriff auf die Arbeiterklasse.
Die Nationalsozialisten, deren Führer Hitler gestern mit dem Reichsfinanzler Brüning verhandelt, erklären sich grundföhrlich mit diesem Raubprogramm an den arbeitenden Massen einverstanden.

Dieses Programm dient der Aufrechterhaltung der Herrschaft und des Bestandes des Finanzkapitals. Es gibt den Kapitalisten Erleichterung, während es die arbeitenden Schichten schwerstens belastet. Die den Kapitalisten zugesprochenen Steuererlöse und den Arbeitenden durch Abbau entzogenen Lohn- und Gehaltssummen werden zur weiteren Monopolisierung und Nationalisierung verwendet. Die weitere Konzentration des Großkapitals wird die Krise der kapitalistischen Gesellschaft keineswegs lösen, aber weitere große Teile des Kleinbürgertums und der werktätigen Mittelklassen ruinieren und proletarisieren und neue Millionen von Arbeitern in tiefstes Elend stürzen.

Die Nationalsozialistische Partei enthüllt somit schon ihr wahres Gesicht als Feindin aller arbeitenden Schichten.

Die Sozialdemokratische Partei, der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun haben der Brüning-Regierung schon offen die Unterstützung für das Raubprogramm zugesagt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die unter der Empörung der Arbeiter einige radikale Formulierungen in ihre Resolution aufgenommen hat, verfährt der Brüning-Regierung ihre legale, stillschweigende Unterstützung. Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei wird von der gesamten Presse des Großkapitals freudig begrüßt.

Die sächsischen sozialdemokratischen Führer verleihen durch besonderes Betrugsmanöver die Arbeiter über diese Haltung ihrer Reichstagsfraktion und der Sozialdemokratischen Partei hinwegzutäuschen.

(Sehr richtig! s. d. Komm.) Sie unterstützen damit alle Maßnahmen der deutschen Bourgeoisie zur Faschisierung und fördern praktisch den Vormarsch des Faschismus. Sie halten die Arbeiter vom Kampf gegen den Faschismus zurück und verhindern den einheitlichen Zusammenstoß des Proletariats gegen die imperialistische Geißel.

Allein die Kommunistische Partei führt den Kampf gegen die Diktatur des Finanzkapitals, gegen den Faschismus und für die Befreiung der arbeitenden Klasse.

Sie legt dem Raubprogramm der Brüning-Regierung, das der werktätigen Massen 5 Milliarden neuer Belastungen bringt, ihre Forderung für die Armen und Hungernden entgegen. Die Kommunistische Partei begehrt dabei nicht wie die Nationalisten und Sozialdemokraten einen Verzicht an ihren Wahlversprechen (Sehr richtig! s. d. Komm.)

Die KPD fordert: Einstellung der Zahlungen des Youngplans, Streichung der Lasten für die Reichswehr, der Bürgerkriegsausgaben für die Polizei, Sondersteuer für Millionäre, Ausschüttung der hohen Gehälter und hohen Einkommen, Einziehung der hohen Gehälter und Pensionsrenten, Streichung der Ausgaben für die Kirche, Zensur, Tens und Schlichtungswesen.

Die Kommunistische Partei hat frei und offen vor der ganzen Welt ihr Programm der sozialen und nationalen Befreiung des Programms ihres Bündnisses mit den Arbeitern der ganzen Welt aufgestellt. Sie kämpft für die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, gegen die Younglasten und die Abwälzung derselben auf die werktätigen Massen, sie proklamiert den Kampf gegen die Notverordnung der Brüning-Regierung in allen Parlamenten und mobilisiert außerparlamentarische Massenaktionen gegen die Raubmaßnahmen des Finanzkapitals.

Die Kommunistische Partei kämpft für die Interessen der Arbeitenden, für Steuerfreiheit für Arbeiter, Angestellte, Beamte, Handwerker, Händler und arbeitende Bauern, deren Einkommen 3000 Mark nicht übersteigt. Sie fordert starke progressive Besteuerung aller höheren Einkommen. Sie führt den Kampf gegen jeden Lohnabbau, für Arbeitszeitverkürzung und

„Rote Fahne am Rhein und Nordsee“

Hitler bekennt sich erneut zum Landsknecht des Weltkapitals

Benot Adolf Hitler zu Brüning fuhr, um mit ihm die Durchführung des Ausplünderungsprogramms der Regierung zu besprechen, sprach er in einer öffentlichen Versammlung der NSDAP in Frankfurt am Main. Der leit im „Völkischen Beobachter“ über diese Versammlung erscheinende Bericht enthält ein wichtiges Eingeständnis Hitlers. Hitler erklärte demnach:
„In Deutschland gibt es nur zwei Möglichkeiten der Rettung. Auf der einen Seite Freiheit und Ehre des Nationalsozialismus, auf der anderen Seite den Bolschewismus.“

Was Hitler als Möglichkeit der Rettung ansieht, geht aus folgenden Zügen hervor, die ebenfalls wörtlich dem Bericht des „Völkischen Beobachter“ entnommen sind:
„Wenn das Ausland glaubt, daß es ihm besser geht, wenn am Rhein und an der Nordsee die rote Fahne aufgezogen sei, so soll es nur so fortfahren.“

Hitler hat ausnahmsweise recht. Das Ausland, an das er diesen Appell richtet, nämlich das Finanzkapital, die Truismagnaten in London, New York und Paris haben allen Grund, die drohende Revolution zu fürchten.